

Niederschrift

über die 28. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 22. August 2019 um 20.00 Uhr - in der Heinrich-Heldmann-Halle

Beginn 20:04 Uhr
Ende: 22:29 Uhr

Gesetzliche Mitgliederzahl: 37

Anwesend:

Stimmberechtigt:

a) SPD-Stadtverordnetenfraktion

1. Stadtverordneter Achim Freund
2. Stadtverordnete Bärbel Bischoff
3. Stadtverordnete Jeanette Bube
4. Stadtverordneter Kai Löwe
5. Stadtverordneter Gerhard Werthmann
6. Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Koch
7. Stadtverordnete Astrid Feigl
8. Stadtverordneter Glenn Lawrence
9. Stadtverordneter Harald Krügel
10. Stadtverordneter Christian Kunkel
11. Stadtverordneter Gerhard Kuschnik
12. Stadtverordneter Hans Döhn
13. Stadtverordneter Heiko Appel
14. Stadtverordneter Daniel Dörsch
15. Stadtverordnete Susanne Mainka
16. Stadtverordnete Ursula Werner
17. Stadtverordneter Jan Frederik Beyer
18. Stadtverordneter Heinz Kehm
19. Stadtverordnete Elisabeth Rossi
20. Stadtverordneter Jürgen Berger
21. Stadtverordneter Thorsten Massutat
22. Stadtverordneter Alfred Dörsch

b) CDU-Stadtverordnetenfraktion:

23. Stadtverordnete Carola Gärtner
24. Stadtverordneter Andreas Götzl
25. Stadtverordneter Michael Creß
26. Stadtverordneter Johannes Creß (bis 21:37 Uhr)
27. Stadtverordneter Robin-Ralf Ruck
28. Stadtverordneter Paul Piston
29. Stadtverordneter Arno Weber
30. Stadtverordneter Günter Gärtner
31. Stadtverordneter Michael Pierz
32. Stadtverordneter Dr. Manfred Ruhbaum

c) Bündnis 90/Die Grünen-Stadtverordnetenfraktion:

- 33. Stadtverordnete Eva Bonin
- 34. Stadtverordneter Volker Laubenthal

d) DIE LINKE:

- 35. Stadtverordnete Angelika Silberling-Antoni
- 36. Stadtverordneter Michael Schäfer

Nicht Stimmberechtigt:

Bürgermeister Andreas Weiher	SPD
Erster Stadtrat Oliver Peetz	SPD
Stadtrat Werner Jung	SPD
Stadträtin Margit Bleek	SPD
Stadtrat Dr. Eberhard Müller	CDU

Entschuldigt:

<i>Stadtverordneter Daniel Junglas</i>	<i>GRÜNE</i>
<i>Stadtrat Harald Beyer</i>	<i>SPD</i>
<i>Stadtrat Tjörn Dohn</i>	<i>GRÜNE</i>

Nicht entschuldigt:

Hinzugezogen:

Aus der Verwaltung B.A. Allgemeine Verwaltung, Nico Agostini

Schriftführer: Verwaltungsfachwirt Maximilian Kröll

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats und die an der Sitzung teilnehmenden Bürger.

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung waren durch Einladung vom 06. August 2019 unter Mitteilung der Tagesordnung zu dieser Sitzung eingeladen worden. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben.

Die Stadtverordnetenversammlung war nach Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt auf Anfrage fest, dass gegen Form, Frist und Inhalt der Einladung keine Einwendungen erhoben werden.

Die Tagesordnung für die heutige Stadtverordnetensitzung setzt wie folgt zusammen:

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
2. Mitteilungen des Magistrats
3. Antrag zur Beauftragung des Ausschusses Umwelt, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft zur Identifizierung von Maßnahmen/Projekten im Bereich des Klimaschutzes in Wächtersbach nach der „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld vom 01.01.2019“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft vom 02.07.2019)
4. Beitritt zum Städtebündnis „Städte Sichere Häfen“
5. Antrag zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Wächtersbach durch ein externes Fachbüro
6. Teilnahme an der Sicherheitsinitiative KOMPASS des Landes Hessen
7. Keine Vermietung städtischer Räume an die AfD und andere rechtsradikale Gruppierungen
8. Resolution zur geplanten Gesetzesinitiative „Starke Heimat Hessen“ der Hessischen Landesregierung
9. Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

- 1.1 Der Stadtverordnetenvorsteher bittet die Versammlung zu einer Schweigeminute, in Gedenken an ein ehemaliges Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, sich von den Plätzen zu erheben. Hierbei ging der Stadtverordnetenvorsteher auf die Vita ein. Er war von 1972 bis 1985 in der Messekommission, im Ortsbeirat und als Stadtverordneter engagiert. Nicht nur in der Messestadt war er für sein künstlerisches Können bekannt, sondern auch darüber hinaus. Seine Werke können heute noch unter anderem in Paris, Berlin, Frankfurt am Main, Leipzig, Zürich und New York bewundert werden. So entsprang beispielsweise das Wappen der Stadt Wächtersbach, das Logo der Messe Wächtersbach und ein für das Schloss angefertigte Logo seiner Feder. Im Jahr 1993 erhielt er den Kulturpreis der Stadt Wächtersbach und im Jahr 2017 den Kulturpreis des Main-Kinzig-Kreises. Ebenfalls im Jahr 2017 wurde sein „Lebenswerk“ im Rahmen des Kunstsalons gewürdigt. Aufgrund seines ehrenamtlichen Engagements wurde ihm die Auszeichnung „Stadtsiegel“ verliehen.
- 1.2 Der Stadtverordnetenvorsteher bedankt sich bei allen Teilnehmern, die an der Mahnwache im Juli teilgenommen haben.
- 1.3 Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass er eine Einladung zur Einweihungsfeier für die Neugestaltung der „Zwergenstube“ am 14.09.2019, ab 10 Uhr erhalten habe. Hierzu sind alle Stadtverordneten recht herzlich eingeladen.
- 1.4 Der Stadtverordnetenvorsteher bedankt sich bei alle Gratulanten, die ihm zu seinem 75. Geburtstag gratuliert haben.

2. Mitteilungen des Magistrats

- 2.1 Der Bürgermeister teilt mit, dass der Liquiditätskredit aktuell weiterhin bei null Euro liegt.
- 2.2 Der Bürgermeister teilt mit, dass die Förderung für den Radweg „auf der Platte“ fristgerecht beantragt wurde. Ziel ist es die Anbietung zum Radweg „R3“ zu realisieren.
- 2.3 Weiterhin berichtet der Bürgermeister, dass ein Zuschuss vom Land Hessen für die Anschaffung eines neuen Fahrzeuges für die Feuerwehr (Einsatzleitwagen - ELW) erfolgt ist. Der Stadtbrandinspektor bereitet hierzu die Ausschreibung, wahrscheinlich gemeinsam mit Nachbarkommunen, vor.
- 2.4 Der Bürgermeister berichtet, dass auf dem Dach des Feuerwehrhauses in Weilers eine neue PV-Anlage installiert wird. Diese wird privat betrieben. Der Betreiber bezahlt hierzu eine Pacht und eine kleine Provision gehen an die Feuerwehr Weilers.
- 2.5 Des Weiteren teilt der Bürgermeister mit, dass die Kanalplanung, die Straßenbeleuchtungsanlage und Erschließungsarbeiten für das neue Baugebiet in Leisenwald beauftragt wurden.
- 2.6 Der Bürgermeister berichtet, dass die Stadt Wächtersbach der Kulturregion Frankfurt Rhein/Main GmbH beigetreten ist. Man wird mit Sicherheit hierdurch positive Effekte für das Schloss und das Umfeld erhalten.
- 2.7 Der Bürgermeister berichtet, dass durch die Kreiswerke Main-Kinzig 200 Lichtmaste auf Standsicherheit geprüft werden.
- 2.8 Der Bürgermeister berichtet, dass es am 27. Juli zu mehr als 80 Feuerwehreinsätzen aufgrund eines Starkregen-Ereignisses kam. Ein Dank gilt an dieser Stelle allen Feuerwehrleuten die teilweise mehr als sieben Stunden im Einsatz waren. Die ersten Verbesserungsmaßnahmen sind auf die Wege gebracht. Es sollen Entwässerungsgräben im Waldbereich der Constantia Frost geschaffen werden. Hierzu wurde bereits Kontakt mit den Verantwortlichen aufgenommen. Auf städtischer Gemarkung wurde bereits mit den „Baggerarbeiten“ begonnen. Weiterhin soll eine hydraulische Berechnung für den Bereich des Bahnhofes beauftragt werden.
- 2.9 Der Bürgermeister teilt mit, dass durch den Magistrat die erste Auszahlung für das Fördervorhaben, Anreizförderprogramm Stadtumbau für die historischen Fachwerkhäuser für die Altstadt, bewilligt wurde. Der zweite Antrag ist schon angekündigt.
- 2.10 Der Bürgermeister teilt mit, dass neues Mobiliar für die Kindertagesstätte Hesseldorf angeschafft wurde.
- 2.11 Der Bürgermeister berichtet, dass eine Bebauungsplanänderung für den Bereich „Pflanzenländer“ in Stadtteil Auenau in Vorbereitung ist. Grund hierfür ist die eventuelle Erweiterung eines kleinen Unternehmens.
- 2.12 Weiterhin berichtet der Bürgermeister, dass ein Kleinbagger für den Bauhof angeschafft wurde. Die Variante über „Fremdanbieter“ war erfolglos, sodass man sich entschieden hat, einen eigenen Kleinbagger anzuschaffen. In dem Zusammenhang teilte der Bürgermeister mit, dass zwei neue Mitarbeiter für den Bauhof eingestellt wurden.
- 2.13 Der Bürgermeister appelliert an alle Grundstücksbesitzer, dass ihre Hecken entlang der Gehwege im Hinblick auf Rollatoren, Kinderwagen, etc. zurückzuschneiden sind.

- 2.14 Der Bürgermeister berichtet, dass einige Kindernachlässe für die Erwerber von Baugrundstücken ausgezahlt wurden.
- 2.15 Des Weiteren teilt der Bürgermeister mit, dass eine Radwegverbindung zwischen Kinzighausen und Aufenau geschaffen werden soll. Nachdem die Variante mit dem Holzbohlensteg aus Umweltgründen nicht funktionierte, soll dies als Alternative dienen.
- 2.16 Der Bürgermeister teilt mit, dass die Hessische Landgesellschaft (HLG) die zwei Baugebiete „Hinter der Kirche“ und „Köhlersgraben V“ vor der Abrechnung stehen.
- 2.17 Der Bürgermeister teilt mit, dass er ein Intensives Gespräch mit der Geschäftsführung der Kreisverkehrsgesellschaft zum Thema „Beförderung der Schulkinder“ und „Taktung der Busse Haltestelle am Schloss“ hatte. Es werden alle Neudorfer Schüler transportiert.
- 2.18 Des Weiteren teilt der Bürgermeister mit, dass ein Alt-Kredit umgeschuldet wird.
- 2.19 Der Bürgermeister berichtet, dass die Abbrucharbeiten für den Marstall beauftragt wurden.
- 2.20 Der Bürgermeister berichtet, dass die Sanierung der „Hirtengasse“ in Stadtteil Waldensberg begonnen hat. Es handelt sich hierbei um einer der letzten 13 Straßen die noch für den Ausbau im Haushalt vermerkt sind. Die Anlieger haben im Rahmen einer Anliegerversammlung entschieden, dass keine grundhafte Sanierung erfolgen soll.
- 2.21 Der Bürgermeister beantwortet die Anfrage einer Fraktion zu „Interkommunalen Zusammenarbeit, Ansiedlung eines Ärztezentums in Wächtersbach“.
- 2.22 Der Bürgermeister berichtet, dass er und ein weiterer Kollege nach Ablauf seiner Amtszeit in der Mitgliederversammlung der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft wiedergewählt wurden.
- 2.23 Der Bürgermeister teilt mit, dass der Leiter des Forstamtes Hessen Forst die Stadt Wächtersbach informiert hat, dass der Waldwirtschaftsplan im Jahr 2019 nicht eingehalten werden kann, aufgrund der schlechten Marktlage und des großen Borkenkäferbefalls. Ein Defizit liegt vor. Auch die Prognose für die nächsten zwei Jahre ist negativ.
- 2.24 Der Bürgermeister Weiher die Anfrage einer Fraktion zu „Kosten des Neubaus Kreisverkehrsplatz“.
- 2.25 Der Bürgermeister beantwortet die Anfrage einer Fraktion zu „Anzahl der Gruppen im neugeplanten Kindergarten Wittgenborn“.
- 2.26 Der Bürgermeister berichtet, dass das verwendete Granulat auf dem Kunstrasen das Beste derzeit auf dem Markt ist und kein Austausch zu erfolgen hat.
- 2.27 Des Weiteren teilt der Bürgermeister mit, dass der Main-Kinzig-Kreis eine Erstattung der Schulumlage überwiesen hat. Grund hierfür ist, dass Investitionsmaßnahmen nicht getätigt wurden.
- 2.28 Der Bürgermeister berichtet, dass der erste Bewilligungsbescheid für private Maßnahmen aus dem Förderprogramm „EFRE“ (lokale Ökonomie) von der WI-Bank eingegangen ist.
- 2.29 Der Bürgermeister beantwortet die Anfrage einer Fraktion zu „Baumfällarbeiten in Wittgenborn“.

- 2.30 Der Bürgermeister bedankt sich für die geleistete ehrenamtliche Arbeit bei den Neudorfern Bürgern. Nicht nur für die Maßnahmen im Rahmen der Dorferneuerung, sondern auch für die Arbeiten auf dem Kirchenvorplatz und dem Friedhof.

3. Antrag zur Beauftragung des Ausschusses Umwelt, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft zur Identifizierung von Maßnahmen/Projekten im Bereich des Klimaschutzes in Wächtersbach nach der „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten im kommunalen Umfeld vom 01.01.2019“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft vom 02.07.2019)

Die Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft teilte mit, dass der Ausschuss für Umwelt, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft der Stadtverordnetenversammlung die Beschlussfassung empfohlen hat.

Beschluss:

1. **Flutlicht:** „Der Magistrat wird gebeten ein Vereinstreffen zu organisieren, bei dem die nächsten Schritte zur Umrüstung der LED Flutlichtkörper thematisiert werden sollen. Ziel ist es, die CO2-Emissionen der Sportanlagen in Wächtersbach um bis zu 80 % zu reduzieren.“
Stadt und Fußballvereine haben bereits beim Flutlichtseminar in Meerholz teilgenommen, insbesondere wurden dort auch die Fördermöglichkeiten besprochen, auch ist die Förderung von Projektträger Jülich vorgesehen.
2. **Straßenbeleuchtung entlang der Radwege:** „Der Magistrat beauftragt den zuständigen Dienstleister, eine Bestandsaufnahme zu tätigen sowie ein Angebot über die Umrüstung bzw. Herstellung auf LED-Leuchtmittel einzureichen“.
3. **Installation von energieeffizienten Innenbeleuchtungen:** Der Magistrat beauftragt einen Projektierer, eine Bestandsaufnahme aller städtischen Objekte/Liegenschaften zu tätigen und eine Kostenplanung für die Umrüstung auf energieeffiziente Leuchtmittel einzureichen.
4. **Radwegenetz:** „Der Magistrat wird beauftragt zusätzliche Fördermöglichkeiten zu prüfen. Bei einem positiven Prüfergebnis wird sodann ein Antrag gestellt.“ Nach Beschlussfassung wird ein Büro beauftragt, die Fördermöglichkeiten zu bewerten und eine Stellungnahme (SN) zu entwerfen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit beschlossen

4. Beitritt zum Städtebündnis „Städte Sichere Häfen“

Eine Stadtverordnete erläuterte und begründete den Antrag der Stadtverordnetenpartei

Es erfolgt eine Diskussion zum Antrag.

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Wächtersbach wird aufgefordert, dem Städtebündnis „Städte Sicherer Häfen“, beizutreten.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit abgelehnt

Der Antrag ist somit abgelehnt.

5. Antrag zur Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Wächtersbach durch ein externes Fachbüro (Antrag der Stadtverordnetenfraktion SPD vom 15.07.2019)

Der Fraktionsvorsitzende erläutert und begründet den Antrag der Fraktion.

Es erfolgt eine Diskussion zum Antrag.

Beschluss:

Der Magistrat wird darum gebeten, die Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes (IKK) durch ein Fachbüro zu beauftragen. Die anfallenden Kosten werden zum einen durch die aus der Neuregelung der Gewerbesteuerumlage resultierenden Mehreinnahmen, zum anderen durch Fördermittel des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit beschlossen

6. Teilnahme an der Sicherheitsinitiative KOMPASS des Landes Hessen

Ein Stadtverordneter erläutert und begründet den Antrag der Fraktion.

Es erfolgt eine Diskussion zum Antrag.

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport in Kontakt zu treten, um die Möglichkeiten zur Etablierung der Sicherheitsinitiative „KOMPASS“ (KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel) zu überprüfen.
2. Hieraus resultierende Ergebnisse (Möglichkeit der Programmteilnahme, grober Ablauf, Beteiligte Akteure, Kosten und Aufwand) sollen den zuständigen Gremien zeitnah zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit abgelehnt

Der Antrag ist somit abgelehnt.

7. Keine Vermietung städtischer Räume an die AfD und andere rechtsradikale Gruppierungen

Eine Stadtverordnete erläuterte und begründete den Antrag der Stadtverordnetenpartei

Es erfolgt eine Diskussion zum Antrag.

Beschluss:

Die Stadt Wächtersbach vermietet keine Räume an die AFD und andere rechtsradikale Gruppierungen. Es muss sichergestellt werden, dass in städtischen Räumen keine rassistischen, antisemitischen, sexistischen, gewaltverherrlichenden oder andere menschenfreundlichen Inhalte verbreitet werden.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit abgelehnt

Der Antrag ist somit abgelehnt.

8. Resolution zur geplanten Gesetzesinitiative „Starke Heimat Hessen“ der Hessischen Landesregierung

Ein Stadtverordneter erläuterte und begründete den Antrag der Fraktion.

Es erfolgt eine Diskussion zum Antrag.

Beschluss:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt das geplante Gesetz „Starke Heimat Hessen“ ab.**
- 2. Das Land Hessen wird aufgefordert, die zum Jahresende 2019 auslaufende bundesgesetzliche Regelung für die erhöhte Gewerbesteuerumlage nicht durch eine neue, -als vorliegende Gesetzesinitiative, u.a. eine verfassungsrechtliche erheblich bedenkliche Heimatumlage des Landes Hessen zu ersetzen, sondern die frei werdenden Mittel zu 100% den Gemeinden zu belassen.**
- 3. Es handelt sich bei der Gewerbesteuer um eine originäre gemeindliche Steuer, die den Städten und Gemeinden zur Finanzierung der Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung zu belassen ist. Die Finanzierung von Aufgaben von Gemeindeverbänden mit Mitteln aus der Gewerbesteuerumlage ist rechtswidrig und nicht systemkonform.**

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit beschlossen

9. Hessisches Plädoyer für ein solidarisches Zusammenleben

Eine Fraktionsvorsitzende erläuterte und begründete den Änderungsantrag zum gemeinsamen Antrag der Stadtverordnetenpartei und der Stadtverordnetenfraktion

Ein Fraktionsvorsitzender stellt für seine Fraktion einen Änderungsantrag, zum gemeinsamen Antrag der Stadtverordnetenpartei und der Stadtverordnetenfraktion.

Es erfolgt eine Diskussion zum Antrag.

Es folgte eine Sitzungsunterbrechung von 22:23 bis 22:26 Uhr

Änderungsantrag der Stadtverordnetenpartei und der Stadtverordnetenfraktion:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, ein deutliches Zeichen für ein solidarisches Miteinander zu setzen und schließt sich oben genanntem Plädoyer an. So zeigen die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, dass sie jeder Form von Demokratiefindlichkeit, Hass, Hetze, Diskriminierung, Rassismus und Erniedrigung entgegentreten. Die Stadtverordneten legen ein Bekenntnis ab, keine persönlichen Angriffe, Erniedrigungen und Verunglimpfungen in der Kommunalpolitik akzeptieren. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt zur Sichtbarmachung obiger Resolution die Verwendung des Schriftzuges „Stadt gegen Diskriminierung“ als Zusatzbezeichnung an den Ortseingängen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit abgelehnt

Der Änderungsantrag ist somit abgelehnt.

Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktion:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, ein deutliches Zeichen für ein solidarisches Miteinander zu setzen und schließt sich dem „Hessischen Plädoyer für ein solidarische Zusammenleben an.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit beschlossen

Eine Abstimmung über den Hauptantrag ist somit nicht mehr erforderlich.

(Koch)
Stadtverordnetenvorsteher

(Kröll)
Schriftführer